

An die
Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | Postfach 189
1045 Wien
T 05 90 900-DW 3007 F 05 90 900-269
E up@wko.at
W wko.at/up

Ergeht per E-Mail
remit@e-control.at

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
	Up/122/Hü	3007	31.10.2014
	DI Claudia Hübsch		

Stellungnahme der Wirtschaftskammer Österreich zur Energiegroßhandelsdatenverordnung EGHD-VO

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs der Energiegroßhandelsdatenverordnung - EGHD-VO und nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Grundsätzliche Anmerkungen

Eine zentrale Verpflichtung der EU-Verordnung Nr. 1227/2011 (REMIT) ist die europaweite Meldung von abgeschlossenen Transaktionen und Handelsaufträgen auf Energiegroßhandelsmärkten. Art 7 REMIT sieht vor, dass die ACER Daten zur Bewertung und zum Monitoring der Energiegroßhandelsmärkte wie in Art 8 vorgesehen, erhebt. Art 8 legt fest, dass die EU-Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten eine Liste der zu meldenden Verträge und Derivate sowie allfälliger Bagatellgrenzen erstellt und einheitliche Vorschriften über die Meldung dieser Informationen sowie den Zeitpunkt und die Form für die Meldung festlegt.

Die Datenerhebung wird somit im Wege der - bereits am 3. Oktober 2014 beschlossenen - Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission bestimmt. Weiters ist es Aufgabe der ACER, die näheren Details des Reportings festzulegen und ein Verfahren für den Austausch der Daten mit den nationalen Regulierungsbehörden einzurichten (vgl Art 10 REMIT).

Am 8. Juli 2014 hat ACER mit Frist bis 2. September 2014 ein überarbeitetes Konsultationspapier über die Details der zu meldenden Handelsdaten, einschließlich der Datenfelder, Formate und Reportingstandards (Transaction Reporting User Manual, TRUM) sowie den Entwurf der technischen und organisatorischen Voraussetzungen (RRM) veröffentlicht.

ACER hat bereits seit 2011 eine Vielzahl von Veranstaltungen mit Marktteilnehmern und sonstigen Stakeholdern abgehalten, die laufend zu Modifikationen der meldepflichtigen Informationen geführt haben. Dass ein Transaktionsreporting auf EU-Ebene noch nicht finalisiert wurde, liegt in dessen Komplexität, insbesondere im Hinblick auf die Verfügbarkeit und die große

Menge der Daten (es müssen pro Transaktion ca. 60 Datenfelder gemeldet werden) sowie die Übereinstimmung der von verschiedenen Vertragsparteien gemeldeten Transaktionsdaten.

2. Zum Alleingang Österreichs

Ungeachtet dieser laufenden und kurz vor Abschluss stehenden europäischen Entwicklung hinsichtlich REMIT beabsichtigt nun die Energie-Control Austria (ECA) mit der „Energiegroßhandelsdaten-VO“ (EGHD-VO) vorab und zusätzlich ein eigenes nationales Transaktionsreporting beginnend mit 1. April 2015 einzurichten. Mit dem einzigen Unterschied, dass Informationen zu Energiegroßhandelstransaktionen zeitlich nur unwesentlich früher an die österreichische Regulierungsbehörde zu melden sind.

Gänzlich außer Acht gelassen wird hier die Tatsache, dass REMIT ebenfalls festlegt,

- dass ACER zur Gewährleistung einer effizienten Überwachung allen relevanten Behörden Zugang zu den gesammelten einschlägigen Informationen (auch Transaktionsdaten) gewährt.
- dass Doppelmeldungen derselben Transaktionen strikt zu vermeiden sind.
- dass die nationalen Regulierungsbehörden mit der Agentur zusammenarbeiten.

Stattdessen würde die EGHD-VO zu einer Doppelberichtspflicht, zu erheblichen Mehrkosten und zu daraus resultierenden Wettbewerbsnachteilen auf Seiten der meldepflichtigen Unternehmen in Österreich führen. Diese Nachteile stehen in keiner Relation zu dem Informationsgewinn, der durch den zeitlichen Vorsprung erhofft wird. Im Gegenteil, es ist stark zu befürchten, dass ein national einseitiges Vorgehen vor Abschluss der europäischen Arbeiten aus folgenden Gründen zu chaotischen Zuständen führen wird:

- Unterschiedliche Definition und Interpretation der Datenfelder auf nationaler und europäischer Ebene und dadurch fehlende Übereinstimmung und vermehrter Abstimmungsaufwand.
- Unterschiedliche Stichtage zur Übermittlung derselben Geschäftsfälle.
- Doppelmeldungen: Meldung derselben Geschäftsfälle sowohl an ACER als auch die E-Control.
 - Bei exakt gleichen Datenfeldern ist die Notwendigkeit einer eigenen nationalen Verordnung zu hinterfragen.
 - Bei nicht identen Datenfeldern für ACER bzw. E-Control ist der Mehraufwand für den doppelten IT-Infrastruktur- und Reportingaufbau sowie die Abstimmung zu hinterfragen.

Auf Grund der zeitlichen Abfolge und des Fehlens der finalisierten TRUM Dokumentes auf EU-Ebene, als unabkömmliches Dokument, um die Eingabe der Daten in die Reportingfelder zu beschreiben, ist die Vermeidung von Doppelreportings unwahrscheinlich, da sich das europäische Reporting nach den Details des österreichischen Reportings richten müsste. Es ist daher zu erwarten, dass es im Ergebnis fraglos zu einem doppelten Reporting kommen wird, dessen Vermeidung jedoch ein klar deklariertes Ziel von REMIT war.

Es ist daher zu erwarten, dass es im Ergebnis zu einem doppelten Reporting mit unterschiedlichen Kriterien und Anforderungen kommen wird. Dies hat für die Unternehmen zur Folge, dass sie entweder zwei parallele IT-Systeme aufbauen oder die zusätzliche Fülle an unterschiedlichen Daten manuell im System eingeben müssten. Der damit verbundene Aufwand sowie die Kosten sind jedoch den Unternehmen nicht zumutbar. Erwägungsgrund 19 der REMIT stellt ausdrücklich fest, dass Meldepflichten auf ein Mindestmaß beschränkt werden sollten und nicht zu unnötigen Kosten und Verwaltungsaufwand für die Marktteilnehmer führen dürfen. Doppelte Meldungen sollten damit eindeutig verhindert werden. Eine - zeitlich vorgela-

gerte - nationale Verordnung mit ähnlichem Inhalt wie REMIT steht unseres Erachtens im Widerspruch zu den aktuellen europäischen Entwicklungen und konterkariert das Gebot der Vermeidung von Verwaltungsaufwand und unnötigen Kosten.

Im Zusammenhang mit der EMIR (European Market Infrastructure Reporting) wurde bereits mit Februar 2014 europaweit ein verpflichtendes Transaktionsreporting für nicht von REMIT umfasste Derivate eingerichtet. Obwohl es bei EMIR zu keinen nationalen Alleingängen gekommen ist, besteht erhebliche Unklarheit beim Zusammenführen der gemeldeten Transaktionen, sowohl auf Ebene der nationalen als auch beim verpflichtenden Portfolioabgleich zwischen den Unternehmen. Dies vor allem deshalb, weil die Identifikationsnummern für Unternehmen und für einzelne Transaktionen zum Teil nicht bzw. nicht ausreichend klar geregelt wurden.

Es ist daher zu befürchten, dass die im Zuge von EMIR gemachten Fehler nun mit der nationalen EGHD-VO wiederholt werden bzw. durch Einrichten eines nationalen Reportings noch verschlimmert werden.

Beispielsweise beinhaltet der hier veröffentlichte Verordnungsentwurf keinen Lösungsansatz für ein Prozedere der einheitlichen Vertragskennung durch die Marktteilnehmer - Feld 14 bei Tabelle 2. Dieses unter EMIR als „UTI Problem“ viel diskutierte wesentliche Kriterium, welches zu den niedrigen Prozentsätzen der für ESMA (European Securities and Markets Authority) eindeutig zuordenbaren Kauf- und Verkaufsseite der gemeldeten Geschäfte führt, ist somit gänzlich ignoriert und wiederholt worden, um nur auf eines der augenscheinlichsten Probleme hinzuweisen. Der gemeinsame Code für ein Geschäft, das sowohl vom Käufer als auch vom Verkäufer bei der Meldung angegeben wird, ist eine grundlegende Voraussetzung. Selbst bei ACER ist dieser Code noch nicht final festgelegt worden. Ohne diesen Code kann die Käufer- und Verkäuferseite von der Behörde aber nicht zusammengeführt (gematcht) werden. Damit fehlt ein wesentliches Kriterium bei der Bewertung, ob die Meldung korrekt ist bzw. dieser Geschäftsfall überhaupt stattgefunden hat.

Als Konsequenzen des isolierten Vorgehens auf nationaler Ebene ist mit wesentlichen zusätzlichen Kosten für die betroffenen Unternehmen und folgenden Auswirkungen zu rechnen:

- **Fehlende Koordination** bei der Übermittlung der Daten auf österreichischer und europäischer Ebene und als Folge **fehlender Kohärenz der Datensätze**, aufgrund der verschiedenen Umsetzungspläne der Energiegroßhandelsdaten-VO und von REMIT. Da die unter REMIT und EGHD-VO zu meldenden Daten divergieren bzw. Datenformate derzeit nicht näher definiert sind, müssten betroffene Unternehmen parallel unterschiedliche Reportingautomatismen etablieren, wodurch von dieser Verordnung betroffene Unternehmen einer deutlichen Mehrbelastung gegenüber europäischen Mitbewerbern ausgesetzt würden.
- Potenziell widersprüchliche und daher **unrichtige Interpretation** der Daten. In der Folge ist der Zweck einer erhöhten Transparenz auf Energiemärkten samt richtiger Risikobeurteilung nicht erfüllbar.
- Potenziell **unrichtige Beurteilung** von Marktmissbrauch und Insider-Trading, zudem mögliche unterschiedliche Bewertungen auf nationaler Ebene und EU Ebene.
- **Doppelmeldung** für Gas und Strom Derivate, die schon zu Hedging Zwecken unter EMIR gemeldet wurden. Dies führt zwangsläufig zu zwei Doppelreportings, nämlich unter der Energiegroßhandelsdaten-VO und REMIT einerseits und unter der Energiegroßhandelsdaten-VO und EMIR andererseits. Gemäß Art 8 Abs 3 REMIT soll dies aber ausdrücklich nicht der Fall sein. Doppelte und mehrfache Reporting-Pflichten für (österreichische) Marktteilnehmer sind überdies auch nach § 25a Abs 2 E-ControlG zu vermeiden. Außerdem ist E-Control angehalten, Verordnungen zu Meldepflichten möglichst im Einvernehmen mit den Betroffenen zu erlassen.

- Für die Übermittlung von abgeschlossenen, jedoch zum Stichtag des Reportingbeginns noch offenen Verträge, käme es zu einer weiteren **Doppelbelastung** der Unternehmen, da auf nationaler und europäischer Ebene unterschiedliche Stichtage festgelegt werden und die Datenfelder bei Beginn des nationalen Berichtswesens noch nicht mit den EU-Anforderungen abgestimmt sein können.
- **Bedeutungsverlust für den Handelsplatz Österreich**, da internationale Unternehmen diesen zur Vermeidung von zusätzlichen Reportingverpflichtungen zumindest zwischenzeitlich meiden werden. Die EGHD-VO lässt eine Beeinträchtigung der Reputation und der Liquidität des österreichischen Marktes befürchten. Die Kosten und der Ressourcenaufwand stellen für internationale Unternehmen eventuell sogar Markteintrittsbarrieren dar und konterkariert damit eine wesentliche Zielsetzung der ECA. Eine nationale Überregulierung („Golden Plating“) führt zu einer Schlechterstellung der österreichischen Marktteilnehmer bzw. einer Benachteiligung des österreichischen Marktgebietes.
- Der Anwendungsbereich dieser Verordnung ist weder hinsichtlich betroffener Märkte noch hinsichtlich betroffener Unternehmen ausreichend konkretisiert.
- Vorliegender Verordnungsentwurf präzisiert im Gegensatz zu REMIT (siehe Trade Reporting User Manual seitens ACER) die Form der Datenbringung nur unzureichend, wodurch den betroffenen Unternehmen die Implementierung erforderlicher Reportingautomatismen, insbesondere in der vorgesehenen Frist, wesentlich erschwert würde.

Die seitens E-Control dazu eingerichtete Expertengruppe zur technischen Umsetzung der Reportingverpflichtungen von Nicht-Standardverträgen brachte hierzu bislang keine weitere Klarstellung.
- Ein Großteil der in der EGHD-VO geforderten Daten wird aufgrund der Datenmeldepflichtung durch REMIT der nationalen Aufsichtsbehörde ohnehin in wenigen Monaten zur Verfügung stehen. Durch die EGHD-VO wird lediglich - unter Inkaufnahme deutlicher finanzieller Mehrbelastungen betroffener Marktteilnehmer - der Zeitpunkt der Datenmeldung der unter REMIT zu meldenden Verträge vorverschoben. Der geringe zeitliche „Vorsprung“ steht in keiner Relation zu den damit verbundenen Kosten und dem Ressourcenaufwand der betroffenen Unternehmen (siehe dazu unten die Anmerkungen zum Vorblatt). Darüber hinaus sind laut ETA-VO (seit Oktober 2012 in Kraft) bereits jetzt alle Transaktionsdaten von den Unternehmen aufzubewahren und auf ausdrückliches schriftliches Verlangen an E-Control zu übermitteln.

Wir sprechen uns daher klar gegen ein Festlegen von nationalen Reportingverpflichtungen im Alleingang aus, zumal auf Grund der zeitlichen Abfolge von doppelten Reportingverpflichtungen ausgegangen werden muss. Es ist daher erforderlich, die einschlägigen europäischen Vorgaben abzuwarten und erst auf dieser Basis ein in sich konsistentes Meldeverfahren aufzubauen. Nationale Alleingänge sind völlig ineffizient und kostenintensiv.

Nationale Reportingverpflichtungen sollten daher ausschließlich jene Daten umfassen, die einen entsprechenden tatsächlichen Mehrwert zur Steigerung der Transparenz darstellen und die nicht bereits durch die europäische Berichtspflicht erfasst sind. Auf nationaler Ebene stellen diesen Mehrwert Daten zur Regelenergiereserve dar. Die zusätzlichen Datenerhebungen erscheinen insbesondere für den Regelenergiemarkt als gerechtfertigt. Dies deshalb, weil die Kosten der Regelreserve in Österreich von 1,3 Euro pro MWh im Jahr 2011 auf 2,4 Euro pro MWh im Jahr 2013 angestiegen sind, während etwa in Deutschland die Kosten von 1,1 Euro pro MWh auf 0,8 Euro pro MWh reduziert werden konnten. Lagen die wöchentlichen Gesamtkosten der Regelenergie im Jahr 2013 im Schnitt noch zwischen zwei und drei Millionen Euro, sind sie zum Jahreswechsel 2014 auf bis zu sechs Millionen Euro angewachsen. Als Grund dafür werden von der E-Control die hohen Opportunitätskosten an den kurzfristigen Märkten und der geringe Wettbewerb angeführt, der das Bieterverhalten abschätzbar macht.

Daher sollte die europäische Entwicklung abgewartet werden und die geplante Verordnung der E-Control erst zu einem späteren Zeitpunkt im Gleichklang und unter Berücksichtigung europäischer Vorgaben erlassen werden. Dies entspricht auch der Vorgangsweise anderer Mitgliedstaaten. In Deutschland beispielsweise ist die nationale Umsetzung von REMIT im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geregelt. Die Markttransparenzstelle kann grundsätzlich nach Maßgabe einer noch zu erlassenden Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie Festlegungen treffen, welche Daten bzw. Datenkategorien an sie zu melden sind. Allerdings sollen entsprechende Festlegungen erst getroffen werden, wenn die Meldepflichten unter REMIT feststehen. Es kommt somit in Deutschland zu keinem vorgezogenem nationalen Reporting.

Die Pflicht zur Marktüberwachung trifft wohl auch alle anderen nationalen Energieregulierungsbehörden in Europa. Es ist kein Grund ersichtlich, warum Österreich - als einziges Land in der EU - eine eigene nationale Verordnung erlässt, die den Beginn eigener nationaler Meldepflichten kurz vor Beginn der Meldepflichten unter REMIT zum Inhalt hat. Man stelle sich nur vor, jede Regulierungsbehörde würde eine eigene nationale Verordnung mit eigenen nationalen Meldeverpflichtungen erlassen. International agierende Unternehmen müssten für jedes Land - zusätzlich zum Reporting auf europäischer Ebene - eigene Meldeprozesse implementieren. Dies kann nicht im Sinne einer europäischen Vorgehensweise sein.

Die Erhöhung der Transparenz des Energiegroßhandelsmarktes kann nur auf europäischer Ebene zu einem effizienten und sinnvollen Ergebnis führen, da Energiegroßhandelsmärkte zweifellos grenzüberschreitende Aspekte aufweisen und ein europaweit einheitliches Vorgehen offenkundig Vorteile hat. Die bloße Sammlung von Daten, die zu einem unverhältnismäßigen Mehraufwand für die Marktteilnehmer führen, ist ausdrücklich abzulehnen.

Abgesehen davon gibt es bereits umfassende nationale Transparenzbestimmungen, u.a. gemäß Gasmonitoring-VO, die in der Summe die geplanten Meldepflichten inhaltlich größtenteils abdecken. So hat die E-Control schon heute die Möglichkeit, zB mittels der Energiegroßhandels-Transaktionsdaten-Aufbewahrungsverordnung auf relevante Transaktionsdaten zuzugreifen. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass die gleiche Information auf Basis unterschiedlicher Rechtsnormen mehrfach an die Behörde übermittelt werden müsste.

3. Zu den einzelnen Bestimmungen des Begutachtungsentwurfes:

Unbeschadet der grundsätzlich ablehnenden Haltung zum Verordnungsentwurf, werden zu den einzelnen Bestimmungen folgende Kritikpunkte angemerkt:

Zu § 1 Gegenstand und Anwendungsbereich:

Zu § 1 Abs 1 des Entwurfs stellt sich bei der gegenwärtigen Formulierung „*Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt*“ einerseits die Frage, welche Voraussetzungen für die Marktteilnehmer gelten und in wie fern der Geltungsbereich sich auch auf internationale Unternehmen erstreckt, deren Tätigkeit „Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt“ hat. Andererseits muss klar definiert sein, was unter dem Begriff „Auswirkungen“ zu verstehen und umfasst ist. Hier wird ein großer Interpretationsspielraum geboten, der jedenfalls einer Schärfung im Verordnungstext oder einer entsprechend detaillierten Berücksichtigung im Anhang (siehe auch Anmerkung zu § 2 Z 1 lit a) bedarf.

Zu § 2 Begriffsbestimmungen:

Grundsätzlich besteht noch Nachbesserungsbedarf bei den Begriffsbestimmungen. Beispielsweise fehlt eine klare Definition, wer im Sinne der Verordnung als „Meldepflichtiger“ gilt. Dieser Begriff wird in der EGHD-VO oftmals verwendet; die Definition dieses Begriffs sollte

daher in den Begriffsbestimmungen ergänzt werden, um Unklarheiten zu vermeiden. Siehe hierzu auch die Ausführungen zu § 4 Abs 3 und § 4 Abs 5.

Des Weiteren spielt die Unklarheit der Ausnahme unter § 2 Z 1 lit a eine wesentliche Rolle, da ohne einer entsprechenden Konkretisierung der hier angeführten Bestimmungen keine Zuordenbarkeit der Rolle des Marktteilnehmers in Bezug auf Endverbraucher vorgenommen werden kann.

In Österreich sind nur wenige Energieversorgungsunternehmen als aktive Händler (durch aktives Handeln an organisierten Märkten gem. EGHD-VO) zu bezeichnen, während der Großteil der österreichischen Energieversorgungsunternehmen auf die Belieferung von Endkunden spezialisiert ist und im Regelfall von aktiven Händlern vorbeliefert wird.

Die zwischen diesen Lieferanten und deren Vorlieferanten bestehenden Versorgungsverträge entsprechen i.d.R. Endkundenverträgen, sind jedoch auch als Energiegroßhandelsprodukt gem. REMIT zu klassifizieren, wobei diese jedoch nicht auf Energiegroßhandelsmärkten gehandelt werden, da die Möglichkeit der Weiterveräußerung vertraglich ausgeschlossen ist. Da diese Unternehmen somit keine Transaktionen auf Energiegroßhandelsmärkten tätigen, sollten diese grundsätzlich auch nicht als Marktteilnehmer klassifiziert werden.

Maßgeblich für die Möglichkeit, am europäischen Energiegroßhandel teilzunehmen, ist die Verfügbarkeit einer dazu erforderlichen technischen Infrastruktur zum Austausch entsprechender Fahrpläne (Führung eines von ENTSO-E verwalteten EIC-X-Codes)¹.

Es wird empfohlen, die Definition des Marktteilnehmers um die objektiv messbare technische Verfügbarkeit eines internationalen EIC-Codes zu ergänzen.

Der Verordnungsentwurf berücksichtigt nicht die Behandlung von Derivaten, welche bereits aufgrund der EU Verordnung Nr. 648/2012 über OTC-Derivate, durch die Meldung an die EMIR Transaktionsregister erfasst werden, und daher auf EU-Ebene nicht unter REMIT nochmals übermittelt werden müssen. Ein Ausbleiben der Formulierung dieser Ausnahme von der nochmaligen Reportingverpflichtung unter REMIT führt zu einem weiteren Doppelreporting auf nationaler Ebene und muss daher in diesem Entwurf noch eingefügt werden.

Zu Z 1 lit a:

Der Begriff „Standort“ gemäß § 2 Z 1 lit a ist in diesem Zusammenhang keine klar messbare Größe und müsste entsprechend konkretisiert werden (z.B. Zählpunkt). Darüber hinaus lässt sich seitens des Lieferanten in Bezug auf die 600 GWh Verbrauchskapazität keine entsprechende Prüfung durchführen. Eine Möglichkeit wäre, aus dem Verbrauch der vergangenen drei Jahre eine Meldepflicht zu statuieren, sodass jene Endverbraucher, die in einem Jahr (innerhalb der letzten drei Jahre) die Verbrauchsgrenze von 600 GWh/Jahr überschritten haben, sich diesbezüglich deklarieren müssten. Aus diesem Grund müsste eine, entsprechend dieser Grenze geführte Aufzeichnung (Endkunden, die eine Verbrauchskapazität über 600 GWh deklarieren) durch die ECA zur Verfügung gestellt werden. Die Meldepflicht an die ECA bei Überschreitung der Grenze muss dabei beim Endkunden verbleiben.

Besonders bedenklich ist, dass unter den Begriff der Energiegroßhandelsprodukte Verträge und Derivate betreffend Strom oder Erdgas fallen, *insoweit die Tätigkeit Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt hat*. Nachdem das deutsche und die westlichen österreichischen Marktgebiete einheitlich sind, wären wohl auch in Deutschland getätigte Geschäfte ebenfalls in Österreich meldepflichtig. Dies würde auch ausländische, im deutschen Markt tätige Unternehmen betreffen, die Geschäfte in Deutschland und damit mit Auswirkungen auf den österreichischen Markt abschließen. Eine solche Kompetenz kann der Agentur ACER unterstellt werden, aber nicht einem nationalen Regulator.

¹ https://www.entsoe.eu/fileadmin/user_upload/edi/library/eic/cds/area.htm

Zu Z 1 lit b:

Unklar ist, warum in § 2 Z 1 lit b auch die **Verträge über den Speicherzugang** als Großhandelsprodukt angeführt werden. Gemäß Art 2 Abs 4 REMIT sowie der finalen Durchführungsrechtsakte der EU-Kommission sind Speicherverträge nicht vom Begriff des Energiegroßhandelsproduktes erfasst und somit nicht meldepflichtig. Die Informationen von Speicherverträgen (wie in Tabelle 7 im Anhang der EGHD-VO gefordert) werden ohnehin bereits von den Speicherunternehmen gemeldet. Diese legen der Regulierungsbehörde gemäß § 101 GWG jeden einzelnen Speichervertrag vor, insofern ist der Behörde bekannt, dass Speicherkapazitäten in Österreich auf Basis eines Fixpreises vermarktet werden und nicht basierend auf einem „underlying“ (z.B. Forward-Preis) oder sonstigen variablen Bezugsgrößen. Insofern kann ein Speicherkunde den Preis und somit Wert eines Speichervertrages als Handelsinstrument während der Vertragslaufzeit nicht manipulieren. Eine Erweiterung der Reportingverpflichtungen im Verordnungsentwurf im Vergleich zu den europarechtlichen Vorgaben ist deshalb überschießend und zudem noch unnötig (da ohne Aussagekraft oder Mehrwert), weshalb wir uns eindeutig dagegen aussprechen. Ein Doppelreporting der gleichen Informationen sollte unbedingt vermieden werden und daher ist die Meldepflicht von Verträgen über den Speicherzugang (§ 2 Z 1 lit b und Tabelle 7 im Anhang) ersatzlos zu streichen.

Aufgrund des vorliegenden Verordnungsentwurfes ist auch unklar, wer Meldeverpflichteter bzgl. Speicherzugangsverträgen wäre. So ist nicht ersichtlich, ob im Fall von primären Gasspeicher Transaktionen nur das Speicherunternehmen oder auch der Käufer der Speicherdienstleistung meldepflichtig wäre. Auch bzgl. sekundärer Gasspeicher Transaktionen ist die Meldeverpflichtung nicht spezifiziert.

Zu Z 3:

Der Definition des „Marktteilnehmers“ fehlt die notwendige Genauigkeit, um in diesem Zusammenhang entsprechend aussagekräftig zu sein, zumal sowohl bei einer „Transaktion“ als auch bei einem „Handelsauftrag“ jeweils mehr als eine Partei involviert ist. Zur Z 3 muss darüber hinaus angemerkt werden, dass auch der Begriff „Transaktion“ einer genaueren Beschreibung bedarf und zudem festgelegt werden sollte, ob darunter Kauf und/oder Verkauf und/oder Trading zu verstehen ist.

Zu Z 7:

Die Definition von „Standardvertrag“ sollte sich an der entsprechenden Definition in der REMIT orientieren und auch die sogenannten „Look-a-like“-Verträge umfassen. Eine Abweichung führt für die Marktteilnehmer zu einem Mehraufwand in der IT-technischen Implementierung und der Umsetzung im laufenden Betrieb.

Zu § 3 Meldepflichten:

In diesem Punkt ist klarzustellen, dass für bereits unter einer anderen regulatorischen Vorschriften (z.B. Verordnung (EU) 648/2012, EMIR, REMIT) gemeldete Daten keine ergänzende Meldepflicht unter der EGHD-VO besteht.

Analog zu REMIT sollte eine de-minimis-Grenze (10 MW für Stromproduzenten bzw. 20 MW für Gasproduzenten) in der EGHD-VO vorgesehen werden.

Weiters fehlt eine Kennzeichnung, welche Datenfelder verpflichtend und welche optional zu melden sind.

Zu § 4 Datenübermittlung:

Zu § 4 Abs 1:

Die Datenübermittlungsformate sollten mit den unter REMIT geforderten Datenübermittlungsformaten übereinstimmen. Das Vorliegen unterschiedlicher Formatvorschriften stellt einen erheblichen technischen und finanziellen Mehraufwand in der Umsetzung dar.

Zu § 4 Abs 2:

Bei der Datenmeldung ist der ACER-Registrierungscode anzugeben. Eine derartige Registrierung ist erst ab Inkrafttreten der REMIT-Implementing Acts möglich. Da die EGHD-VO als Überbrückung zu diesen Implementing Acts konzipiert ist, ist somit nicht sichergestellt, dass alle Marktteilnehmer zum Zeitpunkt des Beginns der Meldeverpflichtung einen derartigen Code haben.

Zu § 4 Abs 3:

Es sollte ergänzend festgehalten werden, dass ausschließlich die gemäß EGHD-VO festgelegte Meldeverpflichteten gegenüber E-Control für die Datenübermittlung verantwortlich und haftend ist. Weiters ist sicherzustellen, dass Marktteilnehmer Zugriff auf die für sie gemeldeten Daten haben. Informellen Informationen zufolge ist die Regelung so zu interpretieren, dass die Unternehmen nicht subsidiär meldeverpflichtet sind, sollte die Meldungen der organisierten Märkte nicht oder unrichtig erfolgen. Eine diesbezügliche ausdrückliche Klarstellung in der EGHD-VO wäre begrüßenswert.

Die Datenfelder 58 und 59 betreffend der „Bestätigung“ von Kontrakten wurden im aktuellen Entwurf der Durchführungsrechtsakte gestrichen. Dies aus dem einfachen Grund, dass der organisierte Handelsplatz diese Information nicht hat, denn Bestätigungen erfolgen erst später direkt zwischen den Vertragspartnern.

Aus dem EGHD-VO Entwurf geht nicht hervor, wie mit Änderungen zu bereits gemeldeten Standardverträgen verfahren wird. Gemeint sind Änderungen, die im Nachgang außerhalb des Handelsplatzes stattfinden (z.B. Abänderungen oder Stornierung im Zuge der Confirmation, Abänderungen während der Erfüllung beispielsweise durch Einstieg eines „neuen“ Vertragspartners).

Des Weiteren ist unklar, ob internationale, organisierte Handelsplätze überhaupt durch eine nationale Verordnung verpflichtet werden können, Daten an eine nationale Regulierungsbehörde zu liefern. Sollte dies nicht (kostenlos) der Fall sein, so entstünden zusätzliche Kosten (durch von den organisierten Handelsplätzen an die Marktteilnehmer verrechnete Kosten).

Zu § 4 Abs 4:

Das Festlegen der Frist auf „spätestens 12:00 Uhr des auf den Abschluss folgenden Werktags“ in Bezug auf die Übermittlung meldepflichtiger Daten entsprechend § 4 (4) des Entwurfs lässt sich nicht von der REMIT ableiten und ist daher mangels plausibler Begründung als nicht nachvollziehbar abzulehnen. Die Zeitpunkte für die Übermittlung der Daten sollten mit den in REMIT festgelegten übereinstimmen, um einen Mehraufwand für die Marktteilnehmer zu vermeiden. Für die Festlegung kürzerer Fristen fehlt die Begründung.

Zu § 4 Abs 5:

Bzgl. der Meldepflichten von Nicht-Standardverträgen gibt es noch eine Vielzahl an Unklarheiten bzw. fehlenden Definitionen. So ist beispielsweise nicht bekannt, wie die „Verbrauchskapazität“ gemäß Art 2 Z 5 REMIT berechnet wird. Somit ist auch nicht bekannt, welche Endkunden die Grenze von 600 GWh/Jahr überschreiten und von der Meldepflicht überhaupt betroffen sein werden. Selbst bei Gewissheit über die Berechnungsmethodik kann der Energielieferant eines Endkunden aber nicht feststellen, ob der Vertrag meldepflichtig ist, da eventuell auch noch andere Bezugsverträge des Endverbrauchers vorliegen könnten. Jedenfalls sollte in Österreich dieselbe Bestimmungsmethode für „Verbrauchskapazität“ herangezogen werden

wie von ACER unter REMIT. In der operativen Umsetzung sollte es seitens ECA eine Information geben, welche Endverbraucher von der Meldeverpflichtung betroffen sind.

Änderungen von Nicht-Standardverträgen sollen unter der EGHD-VO nicht von den Meldepflichten betroffen sein. Eine ausdrückliche Regelung in der Verordnung zur Klarstellung wäre wünschenswert.

Im Gegensatz zur REMIT sieht die EGHD-VO keine Drittmeldung im Falle nicht standardisierter Verträge vor. Somit müssten alle Marktteilnehmer entsprechende Reportingautomatismen etablieren. Auch für nicht standardisierte Verträge ist eine Drittmeldung zu ermöglichen.

Für die Meldung von Nicht-Standardverträgen wären erhebliche Änderungen operativer Prozesse bzw. der Systeme erforderlich, da insbesondere Nicht-Standardverträge über die Belieferung von Endkunden (>600 GWh) bzw. Weiterverteiler als Vertriebsgeschäfte anzusehen sind. Da diese Verträge nicht fahrplanrelevant sind, werden diese Verträge i.d.R. nicht über standardisierte Handelssysteme abgebildet. Für eine weitgehende Automatisierung von Nicht-Standardverträgen ist grundsätzlich eine Frist analog REMIT, bzw. Implementing Act, notwendig, die in der EGHD-VO definierte Frist ist für die Abbildung von Nicht-Standardverträgen absolut unzureichend.

Analog zur REMIT Trade Reporting User Manual müsste eine detaillierte Beschreibung der Datenfelder erfolgen, unzureichende Spezifikationen behindern die Umsetzung entsprechender Automatisierungsprojekte.

Hinsichtlich Nicht-Standardverträge sind Lebenszyklusinformationen näher zu definieren. Welche Änderungen/Anpassungen sind als wesentliche Lebenszyklusinformationen anzusehen? Ohne konkrete Definition dieser Lebenszyklusinformationen kann insbesondere kein einheitlicher Reportingprozess bilateraler Verträge, welche von zwei Parteien zu melden sind, stattfinden.

Zu § 4 Abs 7:

Die Verpflichtung zur Übermittlung von Fahrplänen sollte gänzlich entfallen. Durch die Übermittlung der einzelnen Transaktionen hat ECA bereits Kenntnis über dieselben Daten(-inhalte). Die Meldung bereits in anderer Form vorliegender Daten ist nicht begründet.

Zu § 4 Abs 8:

Die Meldepflicht hinsichtlich des Backloadings (bestehende, aber noch nicht erfüllte Verträge) auf nationaler Ebene und die mit den Implementing Acts erwarteten Meldepflichten auf EU-Ebene, führen wegen der unterschiedlichen Zeitpunkte des Inkrafttretens zu eindeutigen Doppelmeldungen. Neben doppelten Meldepflichten wären die Marktteilnehmer auch mit einem höheren administrativen und finanziellen Aufwand für die Rückmeldungen konfrontiert.

Gleichzeitig ist zu befürchten, dass es auf Grund des unterschiedlichen Meldezeitpunkts bei fortlaufendem Geschäft im Vergleich zwischen nationaler und EU-Ebene zu einem verzerrten, irreführenden Bild kommen muss. Eine eigene Backloading-Regelung auf nationaler Ebene muss aus diesen Gründen äußerst kritisch betrachtet werden und sollte in Hinblick auf die zu erwartende Regelung auf EU-Ebene abgelehnt werden.

Zu § 5 Inkrafttreten und Schlussbestimmungen:

Das Inkrafttreten der Energiegroßhandelsdaten-Verordnung mit 1. April 2015 bzw. 1. Juli 2015 würde jenem der Implementing Acts auf EU-Ebene nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen um 6 Monate vorgreifen. Es muss grundsätzlich die Sinnhaftigkeit der nationalen Verordnung zu diesem Zeitpunkt hinterfragt werden, zumal seitens der E-Control kommuniziert wurde, dass die nationale Verordnung lediglich bis zum Inkrafttreten der REMIT-Reportings auf EU-Ebene durch ACER in vollem Umfang Geltung haben sollte.

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Vorbereitungszeit für alle Marktteilnehmer in der europäischen Union wäre ein Inkrafttreten der EGHD-VO zeitgleich mit oder nach Inkrafttreten der Meldeverpflichtungen nach REMIT erforderlich. Dies würde darüber hinaus zu einer Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer am europäischen Energiegroßhandelsmarkt führen und den Administrations- und Kostenaufwand (durch zeitgleiche Anpassung der IT-technischen Infrastruktur an REMIT und EGHD-VO Vorgaben) erheblich reduzieren.

Die Zeitpunkte des Inkrafttretens für die Meldeverpflichtung für Standardverträge bzw. Nicht-Standardverträge unter der EGHD-VO sollten entsprechend mit jenen in der REMIT festgelegten übereinstimmen.

Um Mehrfachreportings in Zukunft zu vermeiden, müsste in der EGHD-VO jedenfalls noch ausdrücklich geregelt werden, dass die Meldepflichten dieser Verordnung außer Kraft treten, sobald die entsprechenden europaweiten Meldepflichten unter REMIT in Kraft getreten sind. Andernfalls ist wohl ein dauerhaftes Mehrfachreporting mit entsprechendem Kosten- und Ressourcenaufwand zu befürchten.

Zu den Anhängen:

Die gemäß der EGHD-VO an die E-Control zu meldenden Daten gehen schon jetzt über die von ACER aktuell vorgelegten Entwürfe bzw. Durchführungsrechtsakte hinaus. Die Verordnung erweckt den Eindruck einer Vorratsdatensammlung durch die E-Control, die aus rechtlichen Gründen sehr bedenklich ist. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist jedenfalls zu berücksichtigen.

Die Anhänge der EGHD-VO stimmen in den Felderbezeichnungen und Felderbeschreibungen der gesichteten Letztentwürfe der REMIT Implementing Acts nicht überein und es ist somit eine Aktualisierung dieses Verordnungsentwurfes unumgänglich, da eine einheitliche Felderbeschreibung und Bezeichnung der Feldinhalte als unabdingbares Mindestkriterium für die Anforderung des Vermeidens von Doppelreporting eine notwendige Voraussetzung darstellt.

Gerade in solchen Fällen zeigt sich, dass ein einheitliches Vorgehen auf europäischer Ebene sinnvoller ist als Alleingänge nationaler Regulatoren. Im Übrigen würden gerade in einheitlichen Marktgebieten Energieversorgungsunternehmen einen Wettbewerbsnachteil erleiden, die bereits Meldepflichten unterliegen, andere Marktteilnehmer jedoch (noch) nicht.

Da ECA die Absicht hat, in der EGHD-VO die identen Anhänge wie in den REMIT Implementing Acts zu verwenden, sollte jedenfalls bis zur Veröffentlichung der REMIT Durchführungsrechtsakte gewartet werden. Um Unterschiede und Missinterpretationen zu vermeiden, sollte unbedingt die idente deutsche Übersetzung der Anhänge der REMIT Implementing Acts auch in der EGHD-VO herangezogen werden.

Operative Umsetzung:

a) Reportingformate:

Noch ist unklar, in welcher Art das Reportingformat festgelegt wird. Um den betroffenen Unternehmen die Meldepflichten zu erleichtern, sollten jedenfalls für sämtliche Meldeformulare des Anhangs eine Vielzahl an verschiedenen Reportingmöglichkeiten zur Verfügung stehen (z.B. Onlineformulare, Excel- bzw. csv-Files, sämtliche Standard-Datenübermittlungsformate). Besonders für kleinere bzw. mittlere Unternehmen stellt die Möglichkeit manueller Eingaben eine gangbare Lösung dar, wenn eine automatisierte IT-Lösung nicht wirtschaftlich ist.

b) Unique Trade Identifier („UTI“):

Aus operativer Sicht der Unternehmen - und basierend auf den Erfahrungen von EMIR - stellt ein einheitlich generierter UTI eine absolut notwendige Voraussetzung zur Auswertung und

Analyse der gemeldeten Daten dar. Um europaweit eine einheitliche Lösung zu haben, ist es eine unbedingte Notwendigkeit, einen von ACER vorgegebenen Algorithmus zur Generierung des UTI zu verwenden.

Zum Vorblatt:

Unter der Überschrift „Alternativen“ wird seitens der ECA angeführt, dass sich die Veröffentlichung und das Inkrafttreten der dazu notwendigen Durchführungsverordnung gemäß Art 8 Abs 2 und 6 REMIT sowie die Implementierung der Datensammlung durch ACER aus jetziger Sicht noch über die nächsten Monate bzw. Jahre hinziehen werden. Dies trifft aber aus heutiger Sicht gerade nicht mehr zu: Die finale Version der Durchführungsrechtsakte (Implementing Acts) wurde von der EU-Kommission bereits am 3. Oktober 2014 beschlossen und wird in Kürze nach redaktioneller Überarbeitung veröffentlicht werden (voraussichtlich noch Ende Oktober) und in Kraft treten (20 Tage nach Veröffentlichung). Darin werden die Fristen für den einheitlichen Beginn der Berichtspflichten für den europäischen Raum festgelegt (Reporting der Standardverträge 9 Monate nach Inkrafttreten und von Nicht-Standardverträgen 15 Monate nach Inkrafttreten).

Gemäß den Erläuterungen sei es - um dem gesetzlichen Auftrag gemäß § 24 Abs 1 Z 4 E-ControlG nachkommen zu können - notwendig, zunächst auf nationaler Ebene eine umfangreichere Verordnung zu erlassen, die dann nach Inkrafttreten der Durchführungsverordnung der EU-Kommission entsprechend zu reduzieren sein wird.

Da die Durchführungsrechtsakte aber - wie oben ausgeführt - bereits in Kürze in Kraft treten werden, macht die Erlassung der geplanten nationalen Verordnung vermutlich zur gleichen Zeit keinen Sinn. Auch die erforderlichen Implementierungsdokumente von ACER für die Datensammlung auf europäischer Ebene werden in absehbarer Zeit vorliegen.

Auch die Argumentation mit den angeführten Erläuterungen zur E-ControlG-Novelle 2013 passt nicht mehr, da die Annahmen des Gesetzgebers zum jetzigen Begutachtungszeitpunkt des Verordnungsentwurfes aus den oben genannten Gründen nicht mehr zutrifft. Eine umfangreichere nationale Verordnung gemäß § 25a Abs 2 E-ControlG hätte bereits unmittelbar nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen der E-ControlG-Novelle 2013 erlassen und nach ihrem Inkrafttreten entsprechend dem Umfang der Durchführungsrechtsakte reduziert werden müssen. Das Inkrafttreten der Durchführungsrechtsakte der EK wird aber vermutlich zeitgleich mit der Veröffentlichung der EGHD-VO erfolgen.

Dass zwischen dem Beginn des europäischen Reportingsystems bei ACER und den Meldepflichten gemäß der EGHD-VO lediglich ein paar Monate (und nicht Jahre) liegen, kann angesichts der beschriebenen gravierenden Nachteile und Mehrbelastungen für die Unternehmen keine ausreichende Rechtfertigung für eine umfangreiche Verordnungserlassung auf nationaler Ebene sein.

Denn das Vermeiden eines nationalen Doppelreportings ist ein klar deklariertes Ziel von REMIT und auch das Energie-Control-Gesetz zielt in § 25a Abs 2 auf die Vermeidung von Doppelmeldungen ab. Die geplante Verordnung führt unter Berücksichtigung der EMIR potenziell sogar zu einem Mehrfachreporting.

Abschließend möchten wir unsere Positionen kurz zusammenfassen:

- Eine hohe Transparenz auf den Energiegroßhandelsmärkten, um einen offenen und fairen Wettbewerb sowie Marktintegrität zu gewährleisten, wird auf gesamteuropäischer Ebene durchaus begrüßt. Die Wirtschaftskammer Österreich unterstützt daher ein europäisches Transaktionsreporting und spricht sich klar gegen das geplante isolierte nationale Reportingverpflichtungssystem der E-Control aus, das zwangsläufig zur Etablierung eines Doppelreportings führe und im schlimmsten Fall einer europäischen einheit-

lichen Lösung zuwiderlaufen würde. Ein „Gold Plating“ im Rahmen von nationalen Sonderlösungen wird entschieden abgelehnt.

- Es sollte unbedingt die europäische Entwicklung abgewartet werden und die geplante Verordnung allenfalls erst zu einem späteren Zeitpunkt im Gleichklang mit den europäischen Vorgaben erlassen werden. Das Festlegen einer nationalen Reportingverpflichtung so kurz vor Finalisierung der Meldeverpflichtung auf EU-Ebene ist nicht zweckmäßig, da die erheblichen Mehrkosten einer frühzeitigen isolierten Verpflichtung in keinerlei Relation zum etwaigen kurzfristigen Informationsgewinn stehen.
- Als Konsequenz des österreichischen Alleinganges ist mit wesentlichen zusätzlichen Kosten auf Seiten der Unternehmen und weiteren negativen Konsequenzen zu rechnen. Dabei handelt es sich um eine wettbewerbsverzerrende Zusatzbelastung für den österreichischen Energiemarkt. Die Zusatzaufgaben durch die Verordnung könnten zur Folge haben, dass der österreichische Markt an Attraktivität verliert.
- Die zusätzlichen Datenerhebungen auf nationaler Ebene betreffend Daten zum Regelenergiemarkt erscheinen als gerechtfertigt.

Um weder die wirtschaftliche Funktion von Energiegroßhandelsmärkten zu beeinträchtigen, noch Unternehmen am Standort Österreich unverhältnismäßigen Mehrbelastungen auszusetzen, sollte unbedingt die europäische Entwicklung abgewartet werden. muss der vorliegende Verordnungsentwurf in wesentlichen Punkten überarbeitet werden.

Die Wirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Dr. Christoph Leitl
Präsident

Mag. Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin